

Sitzungsvorlage Nr. VIII/718
öffentliche Sitzung

Beratungsgang:

Rat

15.05.2014

Betreff: **Antrag der ExxonMobil Production Deutschland GmbH im Auftrag der Mobil Erdgas - Erdöl GmbH in Hamburg auf Verlängerung der Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen zu gewerblichen Zwecken in dem Feld "Nordrhein-Westfalen Nord" hier: Stellungnahme der Gemeinde Rosendahl**

FB/Az.:

Produkt:

Bezug:

Finanzierung:

Höhe der tatsächlichen/ voraussichtlichen Kosten: keine

Finanzierung durch Mittel bei Produkt:

Über-/ außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von:

Finanzierungs-/ Deckungsvorschlag:

Beschlussvorschlag:

Der aktuelle Ölunfall in Gronau zeigt sehr deutlich auf, welche gravierenden Auswirkungen eine Verseuchung des Bodens und Grundwassers durch Erdöl für Menschen, Tiere und die Umwelt hat. Das Ausmaß der Schäden ist noch gar nicht abzusehen.

Noch gravierender sind die zu erwartenden Auswirkungen beim Einsatz von giftigen Chemikalien beim sogenannten Fracking, insbesondere für das lebensnotwendige Grundwasser. Der Rat der Gemeinde Rosendahl lehnt deshalb jegliches Fracking nicht nur im Gemeindegebiet Rosendahl, sondern auch im gesamten Feld „Nordrhein-Westfalen Nord“ strikt ab, da die unterirdischen Wege des Grundwassers nicht bekannt sind und negative Umweltauswirkungen auch erst nach Jahren eintreten können.

Die Bezirksregierung Arnsberg wird aufgefordert, den Antrag der ExxonMobil Production Deutschland GmbH im Auftrag der Mobil Erdgas – Erdöl GmbH in Hamburg auf Verlängerung der Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen zu gewerblichen Zwecken in dem Feld „Nordrhein-Westfalen Nord“ abzulehnen, soweit hierbei giftige Chemikalien zum

Einsatz kommen sollen bzw. nicht eindeutig nachgewiesen ist, dass die zum Einsatz kommende Methode keine negativen Auswirkungen auf Menschen, Tiere und die Umwelt hat.

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 02.04.2014 teilt die Bezirksregierung Arnsberg mit, dass die Exxon-Mobil Production Deutschland GmbH im Auftrag der Mobil Erdgas – Erdöl GmbH in Hamburg einen Antrag auf Verlängerung der Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen zu gewerblichen Zwecken (Fracking) in dem Feld „Nordrhein-Westfalen Nord“ bis einschließlich zum 13.03.2017 gestellt hat. Die derzeitige Erlaubnis zum sog. Fracking endet am 13.09.2014. Das vorgenannte Schreiben mit allen übersandten Unterlagen ist der Sitzungsvorlage als **Anlage** beigefügt.

Da auch die Gemeinde Rosendahl im Feld „Nordrhein-Westfalen Nord“ liegt, wurde diese um eine Stellungnahme zum vorliegenden Antrag bis zum 15.06.2014 gebeten.

Da sich der Rat der Gemeinde Rosendahl bisher eindeutig gegen jegliches Fracking ausgesprochen hat, sollte dieser auch eine **ablehnende** Stellungnahme zum vorliegenden o. a. Antrag beschließen.

Im Beschlussvorschlag wurde eine solche ablehnende Stellungnahme bereits formuliert. Diese kann jedoch in der Sitzung noch geändert bzw. ergänzt werden.

Niehues
Bürgermeister

Anlage(n):

Anlage: Schreiben der Bezirksregierung Arnsberg vom 02.04.2014 mit Anlagen